

legal oder legitim

Leserbrief zum Leserbrief aus
hlz 1-2/18 zum G 20

Zu deinen Anmerkungen, Kollege Pauls: Die Debatte ist notwendig! Sachliche Irrtümer und falsche Urteile sind zu vermeiden. Mit einem „Weltbild“ hat das nichts gemein. Es geht um die Erklärung des Gegenstands, mit dem Ziel, die Objektivität der gesellschaftlichen Wirklichkeit abzubilden; treten Fehler auf, sind sie zu korrigieren. Da der Text gekürzt abgedruckt wurde, sind Argumentationsstränge gekappt worden. Deswegen hier:

Wenn die 20 mächtigsten Staatenlenker zusammenkommen, um als Verantwortliche für alle Problemlagen der Menschheit aufzutreten, ist der Rahmen eine Feier der Macht. Die renommiert damit, so etwas störungsfrei und die Demo möglichst ohne Polizeimaßnahmen auszurichten, die unter diktatorischen Verhältnissen üblich sind. Die Zusammenkunft ruft massenhaft Menschen auf den Plan, die den Gipfel nutzen, um ihren Protest gegen die Macher der Weltpolitik vorzutragen. Das geht von den „vielen Tausend friedlichen Demonstranten“, die bunt gekleidet, singend und tanzend einem Happening gleich der Politik zeigen wollen, dass ein alternatives Leben möglich ist, bis zu den Aktivist_innen, die eine Konfrontation mit den Ordnungshütern nicht scheuen. Weltpolitik ist für sie Imperialismus. Durch ihre Provokationen wollen sie das Menschenfeindliche des Systems des sonst zivilen Lebens herauskitzeln und so den Menschen zeigen, dass auch hier die globale Gewalt des Kapitalismus am Werk ist, wenn

die Ordnungskräfte mit ihren Mitteln gegen Vermummung, Pyrotechnik, Sitzblockaden, Steinwurf und sonstige Ordnungsverletzungen vorgehen. Ein kaum lösbarer Spagat zwischen: demokratischen Protest erlauben und keine Störung zulassen. Mit dem Resultat des Zickzackkurses richterlichen Zulassens und gewaltsamen Abräumen von Camps oder der Erlaubnis einer Demo und nachfolgend ihre gewaltmäßige Auflösung. Die Folgen veranschaulicht g20-doku.org. Die Staatsgewalt demonstriert, dass die gewährte Liberalität ihr Maß in der Unterordnung unter staatliches Demonstrations- und Strafrecht findet. Die Gewaltpräsenz dient der Kontrolle. Ob damit Denkanstöße zur Hinterfragung der Verhältnisse für jemanden gegeben sind? Zweifelhaft!

Die Politiker sind als Standortverwalter für Verhältnisse verantwortlich - die Gegenstand der Gipfel sind - mit den Resultaten der Zerstörungen, die der globale Kapitalismus anrichtet: die Energieerzeugung durch fossile Brennstoffe ruiniert das Weltklima und damit die Lebensgrundlagen vieler; die Verelendung der III. Welt durch den Abtransport von Rohstoffen bei Desinteresse an den Millionen Hungerleider_innen, von denen einige auch noch die natürlichen und befestigten Grenzen der EU überwinden. Sowie die Ordnungskriege, die der Westen im Nahen Osten geführt hat und führt, stehen für Zustände, die Millionen als Flüchtlinge aus ihrem Lebensraum vertrieben haben. So sehen die teilhabenden konkurrierenden Staaten in diesen Zuständen eine Gefahr für ihren jeweiligen nationalen Erfolg. Ihre Weltgemeinschaft,

die sie mit ihrer Gewalt dominieren, gefährdet mit den Verwüstungen tatsächlich die Stabilität und damit das Fortsetzen der internationalen Konkurrenz.

Was hat es mit dem hohen Gut des Demonstrationsrechts auf sich? Das öffentliche Zusammenfinden, die Kundgabe von Unzufriedenheit mit den Verhältnissen, das vorstellig machen von Forderungen an die Politik, auch die Klage mangelnder Konsequenzen; dieses Procedere erlaubt die Demokratie. Vorausgesetzt die Vorgaben der Polizei und des Ordnungsamtes werden eingehalten. Da kommt es zu pingeligen bis schikanösen Auflagen: Verlegung der Route, Vorgaben für Transparente und Lautsprecherstärke, eine Kleiderordnung, die das Gesicht erkennbar zeigt. Das verweist auf den Inhalt: Leute, die der Politik Versäumnisse etc. vorhalten, haben sich mit ihrem Protest der öffentlichen Ordnung und somit dem Gewaltmonopol zu fügen. Sehr genau unterscheiden die staatlichen Stellen zwischen legitimer Meinungsäußerung und Kritik am staatlichen Tun. Der Inhalt einer Demo wird zur Nebensache, ob rechts oder links, konstruktiv oder kritisch-fundamental, solange die genehmigten Vorschriften eingehalten werden. Um Menschen mit begründeter Kritik an Politik und Ökonomie kümmern sich andere Ämter!

F. BERNHARDT, I. R.

Solidarität mit Ahmet Altan

Ahmet, Journalist und Romanautor, ist in der Türkei am 16. Februar zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Er hätte „unterschwellige Botschaften“ über den Putsch verbreitet. Wir protestieren angesichts dieser monströsen Beschuldigungen!
Die Redaktion

Gewolltes beiseitelassen!

hlz 1-2/18 S. 55

Zum Beleg für untadeligen Anti-Nazismus der Deutschen Staatspartei – Mitglied Max Traeger – fügt Doktor Berlin auf Seite 58 unten einen Ausriss aus einem derer Wahlaufufe zur Reichstagswahl am 5. März 1933 ein: „Die Todfeinde der Demokratie sind zur Herrschaft gelangt. [...] Sie wollen, dass das deutsche Volk am 5. März ihre Herrschaft bestätigt.“ [...]

Am 23. März 1933, nicht einmal drei Wochen nach dieser Wahl, war es dann die Deutsche Staatspartei selbst, ganz vorne mit dabei Heinrich Landahl, die für das Ermächtigungsgesetz stimmte und auf ihre ganz eigene Weise die Herrschaft der NSDAP bestätigte.

Woher nimmt Geschichtslehrer Doktor Berlin die Chuzpe, sich seitenweise über Weglassungen bei Nette/Romey auszubreiten, das schändliche Verhalten der Deutschen Staatspartei im Reichstag aber gänzlich zu verschweigen?

HUBERTUS ROMAHN

P.S. Gestern noch antinazistische Wahlkampfparolen auf DSTp-Plakaten und -Flugblättern, dann aber Einvernehmen mit der NSDAP beim Ermächtigungsgesetz. Theodor Heuss und Hermann Dietrich, zwei DSTp-Jasager (wider Willen, wie sie erklärten), haben dieses eigentümliche Geschehen so geschildert:

"[...] Vorausgegangen war eine lange Beratung des Parteausschusses. [...] In jenem Parteausschuß war dies das Charakteristische, daß vor allem die Beamten der verschiedenen Kategorien, mochten sie bisher innerhalb des Parteibetriebes zu der sogenannten radikaleren Richtung gehört haben, die Abgeordneten beschworen, ja zu sagen. Sie fürchteten und, wie

Die Steuerschätzung

Geschätzte Steuereinnahmen von Bund, Ländern, Gemeinden und EU in Mrd. Euro



79 Prozent mehr als gedacht allein in diesem Jahr sind knapp 58 Milliarden. Eine wahre Geldschwemme! Das schafft Rückenwind für die Tarifverhandlungen (s. S. 10).

Letzte Meldung: Die deutschen Kommunen haben im vergangenen Jahr dank der guten Konjunktur und sinkender Zinskosten einen Rekordüberschuss erzielt. Die Kern- und Extrahaushalte der Gemeinden – ohne die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen – schafften ein Plus von 10,7 Milliarden Euro. "Seit 2012 war der Saldo aus Einnahmen und Ausgaben stets positiv und erreichte 2017 einen neuen Rekordwert", erklärte das Statistische Bundesamt am 3.4.2018.

es sich später zeigte, nicht ohne Grund, zu dem der Verfolgung am meisten ausgesetzten Menschenkreis zu gehören, wobei Verfolgung Pensionierung mit geringen Bezügen, Strafversetzung, Nichtbeförderung u.s.f. hieß. Der Vertrauensmännertyp der Partei waren Lehrer, Postbeamte an den kleineren Plätzen. [...]"

Dietrich nach der Abstimmung in Rundschreiben an Parteimitglieder: "[...] Die Staatspartei, so entschuldigte Dietrich das Abstimmungsverhalten, hätte auf keinen Fall als einzige bürgerliche Partei mit der 'marxistischen' SPD stimmen dürfen. Es wäre darauf angekommen, die Existenz vieler Beamter zu sichern, die der Staatspartei angehörten und die dann als vermeintliche Marxisten ihre Stellung verloren hätten.[...]" (zitiert nach Christof Brauers, "Die FDP in Hamburg 1945-1953")

Heuss 1947 in einem Brief

an Kurt Hiller: (All dies ist dem Doktor B. selbstverständlich auch bekannt.)

Auf den ersten Blick scheinen die Auseinandersetzungen um die Geschichte unseres Verbandes vielleicht weit hergeholt. Vor dem Hintergrund des zunehmenden Einflusses nationalistischer Strömungen mit durchaus auch völkischer Ideologie gewinnt die Auseinandersetzung unmittelbar an Aktualität. Nicht umsonst haben wir uns in dieser Ausgabe deswegen entschieden, das Thema allgemein (S. 47-51) aufzugreifen und die Diskutanten um die Auflösung der Weimarer Republik, dem Abschnitt deutscher Geschichte, in der die politischen Lager sich erdrutschartig veränderten, ausführlich zu Wort kommen zu lassen. (S. 52-61)

Die Redaktion